

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Johannes Rau MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD, würdigt die 20-jährige Tätigkeit Willy Brandts als Vorsitzender der SPD.

Seite 1

Professor Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an den 80. Geburtstag von George F. Kennan.

Seite 3

Hermann Scheer MdB weist nach, daß die Bundesregierung in der Frage der Zusammenlegung von INF- und START-Verhandlungen mal wieder vor Reagan kneift.

Seite 4

Armin Clauss, Hessischer Sozialminister, weist auf einen sozialpolitischen Skandal hin: Die Bundesregierung zerschlägt die Alterssicherung der Behinderten.

Seite 5

39. Jahrgang / 33

15. Februar 1984

Neben Lassalle und Bebel

16. Februar: Willy Brandt 20 Jahre an der Spitze der SPD  
Von Johannes Rau MdL  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Seit zwanzig Jahren ist Willy Brandt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Kein anderer hat die SPD nach Bebel so lange und so erfolgreich geführt. Vom ersten Vorsitzenden der SPD hat Willy Brandt auch als wichtigste Mahnung beherzigt, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der Partei zu bewahren.

Er schöpfte bei diesem ständigen Ringen aus eigener persönlicher Erfahrung am Ende der Weimarer Republik. Seine Konsequenz: Die große, geschichtsbewußte Gesinnungs- und Erfahrungsgemeinschaft SPD kann ihren unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung und zur Weiterentwicklung von Demokratie, Rechtsstaat, republikanischer Gesinnung und Freiheit nur leisten, wenn sie selber lebendig bleibt und nicht verkrustet.

Lebendig bleiben heißt: Die SPD muß sich immer wieder aufs neue darum bemühen, vitale gesellschaftliche Bewegungen für die SPD fruchtbar werden zu lassen.

Das ging nicht immer ohne Narben. Es ist aber das große Verdienst Willy Brandts in den sechziger Jahren, die junge Generation nicht durch weitere Ausgrenzung und Abschöpfung ins Abseits gedrückt, sondern integriert zu haben. Auch seine denkwürdige Rede vor der Friedensbewegung im Herbst letzten Jahres gehört zu seinen aktiven Bemühungen, neue gesellschaftliche Bewegungen in unsere Gemeinschaft zu führen.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Verantwortlicher Direktor  
Helmut G. Schmidt  
Regelles, Paris



Wer das kritisiert, kennt die friedensstiftende Kraft des demokratischen Konflikt-austragens nicht. Er kennt nicht die Kraft der Partizipation, auf die Willy Brandts Aufforderung vom "Mehr-Demokratie-wagen" hinweist. Sie ist in den vor uns stehenden Herausforderungen noch nötiger als zuvor.

Wenn Willy Brandt heute zwanzig Jahre Vorsitzender unserer Partei ist, sollten wir uns auch erinnern: Unsere Partei hat es ihm nicht immer leicht gemacht: Die Mehrheit in der SPD war für ihn nicht erreicht, als er nach dem Tod von Otto Suhr Regierender Bürgermeister von Berlin wurde. Es dauerte immerhin noch zwei Jahre, bis er einen Platz im Partei-Vorstand eroberte, neben Fritz Eiler der Repräsentant einer jungen, weltoffenen, international geübten Generation von Sozialdemokraten, die sich vor kritischer Modernität, vor intellektueller Produktivität, vor kultureller Liberalität nicht fürchtete.

Über Willy Brandts Deutschland- und Ostpolitik ist viel gesagt und geschrieben worden, auch von ihm selbst. Läßt man einmal einen Einzelaspekt der schwierigen Verhandlungen und innenpolitischen Kämpfe beiseite, dann steht diese Politik für zwei fundamentale Einsichten: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Und: Die zentrale Aufgabe unserer Zeit ist es, den Frieden in Europa zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Der Kniefall von Warschau war eine menschliche und patriotische Tat, die manchen von uns das Herz stillstehen ließ.

Die Wegmarken für die Weiterentwicklung der Friedenspolitik hat Willy Brandt mit den Stichworten Sicherheitspartnerschaft und europäische Friedensordnung gesetzt.

Willy Brandt steht in unserem Land und in der internationalen Gemeinschaft zugleich für die Erkenntnis, daß Solidarität mit den armen und ärmsten Völkern lebensnotwendig ist - für die Menschen dort und für uns hier.

Über der Ost- und Entspannungspolitik vergessen manche die grundlegenden gesellschaftspolitischen Reformen, die der erste sozialdemokratische Bundeskanzler auf den Weg gebracht hat. Willy Brandt hat die Gesellschaft, das Klima in jener Zeit nachhaltig verändert. Daran muß man gerade nach der Wende in Bonn mit Stolz, mit Blick in die Zukunft aber auch besorgt erinnern. Die Bildungsreformen haben ein Maß an tatsächlicher Chancengleichheit geschaffen, das vor zwei Jahrzehnten undenkbar war. Hunderttausende Arbeiterkinder, vor allem Mädchen, haben diese Veränderung unserer Gesellschaft erlebt. Willy Brandts Politik hat den inneren Frieden ausgebaut und die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft entfaltet. Ich nenne nur die Liberalisierung des Demonstrationsstrafrechts und den Paragraphen 218.

Es wundert deshalb nicht, daß gerade diese Erfolge der Politik der inneren Reformen den zentralen Angriffen der konservativen Wendepolitik ausgesetzt sind.

Willy Brandt steht bei der Abwehr der Gegenreform ganz vorne. Er bleibt aber dort nicht stehen. Mehr als andere weiß er, daß zum Erhalt die Kraft zur Veränderung gehört. Deshalb orientiert er die SPD auf eine neue Phase der Standortbestimmung auf dem Boden der weiter geltenden Grundwerte und Grundforderungen.

Im kommenden Mai stellt er sich erneut zur Wiederwahl zum Parteivorsitzenden und will eine Kommission übernehmen, die das Godesberger Programm von 1959 fortschreiben soll.

Willy Brandt hat August Bebels Hoffnungen wahr werden lassen. Er hat die Partei der einst Armen, der Entrechteten, der Ausgebeuteten, der "Objekte" von Politik und Wirtschaft, der Opfer an die Macht geführt. Er steht neben Bebel und Lassalle in der Geschichte der SPD. Sein Werk ist nicht abgeschlossen. Die Partei braucht Willy Brandt, solange seine Kraft reicht - und solange ihm der Dienst Freude macht.

(-/15.2.1984/ks/va)

+ + +



Aufrichtig und gradlinig

---

Zum 80. Geburtstag von George F. Kennan

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

George F. Kennan wird in der Regel als "Diplomat" charakterisiert. Diese Kennzeichnung wird - selbst wenn es heißt, er sei ein großer Diplomat gewesen - der Persönlichkeit und dem Werk nicht gerecht. George Kennan ist in erster Linie ein politischer Denker von ungewöhnlichem Format. Seine umfassende und tiefe Kenntnis der europäischen Geschichte und Kultur befähigt ihn zu konzeptionellen Entwürfen, die für Gegenwart und Zukunft von ungeheurer Faszination sind.

Er gehört aber auch zu den am stärksten mißverstandenen großen Köpfen unserer Zeit. Seine unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges entworfene Eindämmungspolitik ist ein schlagendes Beispiel für ein Konzept, das seinen Namen trug, in der Praxis jedoch zum Gegenteil dessen wurde, was Kennan wirklich wollte. Eindämmungspolitik war für George F. Kennan ein politisches Konzept, das die Sowjetunion allmählich dazu befähigen sollte, eine "reife", verantwortungsvolle Weltmacht zu werden, um Zusammenarbeit im Interesse des Friedens möglich zu machen. Diejenigen, die seinen Entwurf in die Tat umzusetzen hatten, entwickelten daraus jedoch eine Handlungsanweisung zur militärischen Einkreisung der Sowjetunion mit der Folge, daß sie politisch in die Defensive, ja sogar in die Isolierung gedrängt wurde. Spätere Gedanken von George F. Kennan, die verhängnisvolle, von ihm nicht gewollte, Militarisierung des Ost-West-Konflikts durch Disengagement-Pläne abzumildern und wieder in politische Bahnen zu lenken, kamen gar nicht erst zum Zuge.

Die neue deutsche Ostpolitik, die 1969 von Willy Brandt begonnen wurde, war jedoch in seinem Sinne. Sein Denken hat sie zumindest teilweise beeinflusst. Fritz Erler, Carlo Schmid und andere Sozialdemokraten haben schon in den fünfziger Jahren das Gespräch und den Gedankenaustausch mit ihm gesucht. Er ist wie kaum ein anderer Amerikaner für Europa aufgeschlossen, ja geradezu verwachsen mit diesem schwierigen Kontinent. Er kennt die deutsche, die französische und - vielleicht am besten - die russische Geschichte und Kultur und hat sich auf dieser Grundlage stets in die politische Lage Europas hineinversetzen können.

Und weil zur Beurteilung dieser Lage in so starkem Maße die Rolle der Nuklearwaffen bestimmend war, hat er schon sehr frühzeitig mit dem Nachdenken über die politischen und militärischen Wirkungen dieser Waffen begonnen und sich die Denuklearisierung zum Ziel gesetzt. In all seinen Schriften zur Geschichte wie auch über die Rolle von Nuklearwaffen war immer der Humanist spürbar, der Philosoph einer besseren Welt. Wer sich seine Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels noch einmal in Erinnerung ruft, wird die humanistische Triebfeder seines Denkens erkennen. Seine Schriften zeichnen sich durch Aufrichtigkeit und Gradlinigkeit aus. Die lebenslange Beschäftigung mit Macht und Machtpolitik hat ihn nicht zu einem Machiavellisten werden lassen. Sein Ziel ist es, die Macht für eine bessere Welt einzusetzen. Deshalb fühlen wir uns mit ihm verbunden. (-/15.2.1984/ks/va)

+ + +



**Was macht die Regierung Kohl?**

Mit der Forderung nach Zusammenlegung der START- und INF-Verhandlungen steht die NATO-Eurogroup im Einklang mit der SPD

Von Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Sowohl bei den Gesprächen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel als auch auf der Internationalen Wehrkundetagung in München wurde deutlich, daß die amerikanische Regierung eine Zusammenlegung der Genfer START- und INF-Verhandlungen ablehnt. Bleibt es bei dieser Ablehnung, wird es auf lange Zeit keine Chance zur Wiederaufnahme der atomaren Rüstungskontrollverhandlungen geben. Die Ablehnungsgründe von amerikanischer Seite lauteten, daß eine solche Zusammenlegung ein zu starkes Entgegenkommen an die Sowjetunion darstelle.

Die Forderung nach Zusammenlegung der START- und der Mittelstreckenraketen-Verhandlungen ist jedoch keineswegs exotisch, wie die amerikanische Regierung jetzt der Öffentlichkeit suggerieren will. Denn dieser im vergangenen Jahr zunächst allein von der SPD vertretene Vorschlag wird inzwischen von den Verteidigungsministern der europäischen NATO-Staaten geteilt. Auf der NATO-Tagung im Dezember 1983 in Brüssel haben die Verteidigungsminister der Eurogroup der NATO die Zusammenlegung der beiden Verhandlungsrunden befürwortet. Sie erklärten, daß dies der Sowjetunion erlauben könnte, ohne Gesichtsverlust an den Verhandlungstisch zurückzukehren und daß auf diesem Wege eine Einbeziehung der britischen und französischen Waffen möglich gemacht werden könnte. Dem Nachrichtenspiegel des Bundespresseamtes vom 7. Dezember zur Folge erklärte Verteidigungsminister Wörner, seine europäischen Kollegen sähen in einer Zusammenlegung einen möglichen Durchbruch zu Fortschritten bei den Verhandlungen.

Demzufolge befinden sich die Verteidigungsminister der europäischen NATO-Staaten in vollem Einklang mit der SPD. Die amerikanische Regierung stellt sich bei der Zurückweisung solcher Vorschläge nicht nur gegen eine SPD-Forderung, sondern gegen eine Forderung der europäischen Verteidigungsminister. Nicht die SPD ist mit ihren Vorschlägen isoliert, sondern die amerikanische Regierung mit ihrer Ablehnung. Dies darf nicht übersehen werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, wo die Bundesregierung steht. Bei der Sitzung der Verteidigungsminister der NATO-Eurogroup am 6. Dezember 1983 hatte man den Eindruck, daß der deutsche Verteidigungsminister die Auffassung seiner europäischen Kollegen teilt. Nach der amerikanischen Ablehnung war jedoch wieder Funkstille. Offensichtlich verharret die Bundesregierung in Nichtstun, nur um nicht in Washington anzuecken.

Um die Bundesregierung zu einer Aussage zu veranlassen, habe ich heute folgende mündliche Fragen an die Bundesregierung gerichtet.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Verteidigungsminister der NATO-Eurogroup, daß die Zusammenlegung der START- und der INF-Verhandlungen zu befürworten ist?
2. Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion und im Einvernehmen mit der NATO-Eurogroup, bei der amerikanischen Regierung für eine Zusammenlegung der START- und der INF-Verhandlungen aktiv einzutreten?

(-/15.2.1984/ks/va)

+ + +



**Behinderte werden zu Almosenempfängern**

---

Wie Bonn die Alterssicherung von Behinderten kaputt macht

Von Armin Clauss  
Hessischer Sozialminister

Die Alterssicherung der Behinderten, die in Werkstätten, Anstalten oder Heimen beschäftigt sind, wird durch die seit dem Januar dieses Jahres geltenden Sparbeschlüsse des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 vollkommen in Frage gestellt. Die Senkung des Berechnungsgrundsatzes für die Rentenversicherungsbeiträge dieser Behinderten von bisher 90 auf 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes aller Versicherten in der Bundesrepublik wird dafür sorgen, daß diese Behinderten ein ganzes Leben lang von den Leistungen der Sozialhilfe abhängig sind.

Während nach 20 Versicherungsjahren die betroffenen Behinderten nach altem Recht 592 DM monatliche Rente erwarten konnten, sind es nach den neuesten Bonner Beschlüssen nur 460,50 DM im Monat. Damit tritt eine Rentenminderung von 131,50 DM ein. Nach 30 Versicherungsjahren verringert sich die Rente bereits um 197,30 DM auf nur noch 690,70 DM im Monat. Behinderte, die 40 Versicherungsjahre erreichen, erhalten nach dem neuen Recht 263,10 DM im Monat weniger Rente. Die Beispiele legen einen sozialpolitischen Skandal offen.

Die genannte Sparmaßnahme erweist sich im übrigen politisch als vollkommen sinnlos, da durch diese Einsparung an Versicherungsbeiträgen des Bundes und der Länder auch die Rentenversicherungsträger, die sich sowieso in finanziellen Engpässen befinden, im laufenden Jahr rund 80 Millionen Mindereinnahmen haben werden. Sowohl für die Rentenversicherungsträger als auch vor allem für die Versicherten selbst sind die beschriebenen Folgen schlimm. Den betroffenen Behinderten selbst bleibt nach einem langen Arbeitsleben in den Werkstätten, Anstalten oder Heimen lediglich ein kleines Taschengeld, um sich im Alter zu versorgen. Die Minderung des Renteneinkommens wird voll zu Lasten der Sozialhilfeträger gehen.

Damit verlagerte der Bund erneut Kosten aus dem Bundeshaushalt auf die Haushalte der Länder und vor allem der Kommunen. Von einer sozialen Ausgewogenheit und einer gerechten Verteilung der Lasten kann überhaupt keine Rede mehr sein.



Bisheriges Recht (bis 31.12.1983) (90 vom Hundert)		Neues Recht (ab 1.1.1984) (70 vom Hundert)	
Jährlicher Durchschnittsverdienst	28.978,20 DM	Jährlicher Durchschnittsverdienst	22.538,60 DM
Durchschnittlicher Bruttoarbeitsverdienst aller Versicherten	32.198,00 DM	Durchschnittlicher Bruttoarbeitsverdienst aller Versicherten	32.198,00 DM
Durchschnittlicher persönlicher Vorkursatz	90	Durchschnittlicher persönlicher Vorkursatz	70
Durchschnittliche Bemessungsgrundlage	23.679,00 DM	Durchschnittliche Bemessungsgrundlage	18.417,00 DM
$\frac{28.978,20 \text{ DM} \times 90}{100} = 26.080,38 \text{ DM}$		$\frac{22.538,60 \text{ DM} \times 70}{100} = 15.777,02 \text{ DM}$	
$\frac{26.080,38 \text{ DM} \times 90}{100} = 23.472,34 \text{ DM}$		$\frac{15.777,02 \text{ DM} \times 70}{100} = 11.043,91 \text{ DM}$	
$\frac{23.472,34 \text{ DM} \times 1,5}{12} = 2.934,04 \text{ DM monatliche Rente}$		$\frac{11.043,91 \text{ DM} \times 1,5}{12} = 1.380,49 \text{ DM monatliche Rente}$	
$\frac{23.679,00 \text{ DM} \times 20}{12} = 394,65 \text{ DM monatliche Rente}$		$\frac{18.417,00 \text{ DM} \times 1,5}{12} = 2.302,25 \text{ DM monatliche Rente}$	
$\frac{394,65 \text{ DM} \times 1,5}{12} = 49,33 \text{ DM monatliche Rente}$		$\frac{2.302,25 \text{ DM} \times 1,5}{12} = 287,78 \text{ DM monatliche Rente}$	
$2.934,04 \text{ DM} + 49,33 \text{ DM} = 3.000,00 \text{ DM monatliche Rente}$		$1.380,49 \text{ DM} + 287,78 \text{ DM} = 1.668,27 \text{ DM monatliche Rente}$	
$3.000,00 \text{ DM} - 131,50 \text{ DM} = 2.868,50 \text{ DM monatliche Rente}$		$1.668,27 \text{ DM} - 131,50 \text{ DM} = 1.536,77 \text{ DM monatliche Rente}$	



